

Finnland

Tuulia Nieminen

Eine ganze Reihe wichtiger Personalfragen dominierte im zweiten Halbjahr 2009 die finnische EU-Debatte: Die Europawahlen zogen einige Neubesetzungen nach sich und es stand neben der Nominierung der EU-Kommission erstmals die Besetzung der neuen, im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Führungsstellen an. Verhältnismäßig ausführlich widmeten sich die finnischen Medien der Personale Barroso. Die Tatsache, dass der amtierende Kommissionspräsident als der einzig gangbare Kandidat für eine Wiederbesetzung galt, wurde nur wenig wohlwollend kommentiert. Die Kritik wurde jedoch nur in einem Maße laut, dass die Akzeptanz einer Wiederbesetzung nicht gefährdet oder gar ein Aufschrei des Entrüstens provoziert worden wäre. Der Auftrag der Staats- und Regierungschefs an Barroso, sein Konzept für die neue Kommission bereits im Vorfeld darlegen zu müssen, wurde als Schachzug, das Gesicht der Europäischen Union zumindest teilweise zu wahren, willkommen geheißen.¹

Im Herbst 2009 ist es der EU gelungen, die letzten Hürden des Ratifizierungsprozesses zu beseitigen.² Obwohl die Neugestaltung der EU-Verträge sehr viel länger dauerte und mehr Energien als wünschenswert in Anspruch nahm, war der Weg nicht aussichtslos und der Abschluss des steinigen Unterfanges blieb zumindest in greifbarer Nähe. Auch wenn mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass auf die Tschechen und die Polen nicht, wie im Falle Irlands geschehen, politischer Druck ausgeübt werden sollte, konnten weder die tschechischen noch die polnischen Versuche, ein Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon noch in letzter Minute zu verhindern, Sympathiepunkte unter den Finnen gewinnen.³ In Finnland wurde der Stimmungswechsel im zweiten irischen Referendum – neben der massiven „Ja“-Kampagne – vor allem in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Abschwung erklärt. Die lange Wartezeit, bis der Vertrag von Lissabon schließlich in Kraft treten konnte, hatte einen positiven Nebeneffekt in Finnland: Der langwierige Prozess veranlasste die Finnen diesmal zu einer umfangreicheren Debatte über das Wesen der Demokratie als bisher.⁴

Der positive Ausgang des irischen Referendums heizte Anfang Oktober die Spekulationen über die anstehenden Stellenbesetzungen auf EU-Ebene an. Die Partie um die Nominierungen wurde insbesondere als Wettbewerb unter den Mitgliedstaaten wahrgenommen, und nicht als eine Auseinandersetzung entlang unterschiedlicher Parteilinien oder anderer Gruppierungen. Als die Namen bekannter Finnen stärker in die Gerüchte möglicher Nominierungen miteinbezogen wurden – so wurde beispielsweise der ehemalige Premierminister Paavo Lipponen (Sozialdemokratie) als künftiger Präsident des Europäischen Rates gehandelt und EU-Kommissar Olli Rehn (Zentrumspartei) als möglicher Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik genannt –, weckte das Nominierungskarussell zunehmend auch das Interesse der Finnen. Der Wirbel um die Nominierungen nahm sogar solche Ausmaße an, dass einer der tonangebenden Kommentatoren diese zum „politischen

Übersetzt aus dem Englischen.

1 Helsingin Sanomat: Aaretti Siitonen: Demokratia voitti nimityskuviossa, 19. Juli 2009.

2 Helsingin Sanomat: EU loikkii yli esteiden kohti Lissabonin sopimusta, 7. Oktober 2009.

3 Siehe beispielsweise Aamulehti: Yöllistä hiippailua piparipurkilla, 29. Oktober 2009.

4 Siehe beispielsweise Helsingin Sanomat: Kunpa kansaa ei olisi, 8. Oktober 2009.

Entertainment“ erklärte.⁵ Nachdem klar war, dass keiner der Posten mit einem Finnen besetzt werden würde, passte die finnische rechtskonservative Zentrumsregierung ihre Wunschvorstellungen an. Sie favorisierte nun einen „gewichtigen Posten“ für Olli Rehn, vorzugsweise in der Außen- oder Wirtschaftspolitik, ohne andere Kandidaten weiter zu erwähnen. Anfangs wurde dies noch als Niederlage für die Finnen gewertet, als Olli Rehn dann allerdings tatsächlich als Kommissar für Wirtschaft und Währung nominiert wurde, wurde dies doch mit allgemeiner Zufriedenheit zur Kenntnis genommen.⁶

Viele Beobachter äußerten sich enttäuscht über die Nominierungen von Herman Van Rompuy noch Catherine Ashton, selbst wenn manche versuchten, in der Tatsache, dass überhaupt eine Entscheidung möglich war, einen Silberstreifen am Horizont zu erkennen. Henry Kissingers berühmte Frage, unter welcher Nummer denn die Europäische Union zu erreichen wäre, wurde mehrfach bemüht – wobei gleichzeitig vielfach vorausgesagt wurde, dass es weder Van Rompuy noch Ashton gelingen würde, ihre Telefonnummern als die „europäische“ Adresse in den Adressbüchern führender Regierungschefs zu platzieren.⁷

Die Äußerungen zum Führungsstil Van Rompuys wurden im Frühjahr 2010 zunehmend wohlwollender.⁸ Catherine Ashtons Initiativen stießen hingegen kaum auf Zustimmung. Im Gegensatz zu der ansonsten nahezu völlig ausbleibenden Unterstützung, organisierte Außenminister Alexander Stubb ein inoffizielles Treffen einer kleinen Gruppe von Außenministern der EU-Staaten, des türkischen Außenministers Davutoglu und Catherine Ashton in Saariselkä im finnischen Lappland, um der Hohen Vertreterin den Weg zu bereiten.⁹

Die ebenfalls im Frühjahr 2010 in den europäischen Staaten vorgetragenen Bedenken hinsichtlich der Pläne zum Aufbau des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD) wurden in Finnland durchaus zur Kenntnis genommen. Allerdings zeigten sich die Finnen gelassener in ihrer Beurteilung und übten sich in einer Politik des Abwartens und Beobachtens.¹⁰ Wieder wurde zunächst den Nominierungen besonders viel Aufmerksamkeit entgegengebracht. So verkündete Außenminister Alexander Stubb, dass es im finnischen Interesse sei, zwei Stellen auf Botschafterebene und 15-30 andere Beamtenstellen für die finnische Stellenbesetzung zu sichern. Während der nachfolgenden Verhandlungen, diskutierten die Finnen insbesondere die potenziellen Auswirkungen des EAD auf den finnischen Auswärtigen Dienst. Das Außenministerium vertrat dabei die Ansicht, dass der EAD letzten Endes das Netzwerk der finnischen Botschaften keineswegs ersetzen, sondern dieses vielmehr ergänzen würde.¹¹

Eine Besonderheit der finnischen Europapolitik ist seit geraumer Zeit die Debatte, ob Finnland bei den Gipfeltreffen des Europäischen Rates allein durch den Premierminister oder gemeinsam von Premierminister und Präsident vertreten werden soll. Diese Diskussion hat ihren Ursprung in der Art und Weise, wie die Befugnisse der verschiedenen staatlichen Organe in der finnischen Verfassung geregelt sind. Diese sieht vor, dass die Premierministerin für die Europapolitik verantwortlich ist, während diese die Zuständigkeit für die Außenpolitik mit dem Präsidenten teilt. Zwei Gründe haben die Debatte intensiviert: die Neuerungen des Vertrags von Lissabon sowie die Arbeiten des so genannten Taxell-Aus-

5 Helsingin Sanomat: Olli Kivinen: EU:n edistys on tahdosta kiinni (column), 3. November 2009.

6 Siehe beispielsweise Helsingin Sanomat: Rehn sai kantaakseen superraskaan salkun (editorial), 28. November 2009.

7 Siehe beispielsweise Helsingin Sanomat: Kelpaavatko Cathyn ja Hermanin puhelinnumerot, 21. November 2009 und Kaleva: Anteeksi kuka soittaa? (editorial), 21. November 2009.

8 Siehe beispielsweise Helsingin sanomat: Siunattu kriisi EU:n presidentille (editorial), 24. Juni 2010.

9 Siehe beispielsweise Helsingin Sanomat: Saariselällä sovi teltiin Ruotsin ja Turkin riitaa, 13. März 2010.

10 Suomenmaa: „EU-ulkoministeriön“ toiminta käynnistyy vähitellen ensi keväänä, 11. Dezember 2009.

11 Helsingin Sanomat: EU:n lähettiläsnimitys suututtaa jäsenmaita, 23. Februar 2010.

schuss, der sich mit der Revision der finnischen Verfassung befasste und unter anderem auch die Aufteilung der Machtbefugnisse von Präsident und Premierminister diskutierte. Auch wenn sich diese Auseinandersetzung kaum in der konkreten EU-Politik Finnlands niederschlug, so muss man doch feststellen, dass die Aufmerksamkeit, die dieser in den finnischen Medien und in der öffentlichen Diskussion zuteil wurde, dazu beitrug, dass die EU eher mit Namen, Nominierungen und Spekulationen¹² in Verbindung gebracht wurde statt mit einer effizienten Entscheidungsfindung zu gemeinsamen, inhaltlichen Themen.

Diese verfassungsrechtliche Diskussion nahm solche Ausmaße an, dass es zeitweilig sogar so wirkte, als ob diese das Interesse an der Klimakonferenz von Kopenhagen überschatten würde. Als die klimapolitischen EU-Ziele in Gefahr gerieten und die Union am Rande des Verlusts ihrer führenden Verhandlungsposition in Klimaangelegenheiten stand, diskutierten die Finnen die jeweiligen Aufgaben und Befugnisse der finnischen Teilnehmer an der Klimakonferenz, in der EU und im Rahmen der Vereinten Nationen.¹³

Die Klimakonferenz von Kopenhagen

Umfragen haben stets gezeigt, dass gerade die Finnen der EU in Sachen Umweltschutz eine führende Rolle zuschreiben.¹⁴ Entsprechend hätte man erwarten können, dass die Klimakonferenz von Kopenhagen im Mittelpunkt umweltpolitischer Debatten gestanden hätte. Diese widmeten sich – während die finnische Elite noch mit dem Nominierungspoker beschäftigt war – stattdessen den heimischen Plänen über zwei neue Atomreaktoren.

Nicht nur im Vorfeld, sondern auch während der Klimakonferenz von Kopenhagen stand vor allem ein Thema im Mittelpunkt: die Rolle und Verantwortung der ärmeren Staaten beim Klimaschutz. Die Frage nach Fairness und ethischer Verantwortung im Klimaschutz¹⁵ manifestierte sich in der Frage, ob, und wenn ja in welcher Höhe, die Europäische Union Geldmittel zur Finanzierung klimapolitischer Initiativen für Entwicklungsländer bereitstellen sollte. Finnland sprach sich anfangs gegen das Festlegen einer bestimmten Höhe für die Bereitstellung von EU-Mitteln aus. Als sich jedoch abzeichnete, dass eine verbindliche Übereinkunft mit allen Entwicklungsländern nicht zustande kommen würde, zeigte sich Finnland entschlossen, sich sobald wie möglich über die Höhe der bereitzustellenden Mittel zu einigen.¹⁶ Die Medien ließen es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass viele Staaten, einschließlich Finnland, für diesen Zweck Geldmittel zur Verfügung stellten, die bereits zuvor teilweise für das Entwicklungsbudget bereitgestellt worden waren. Unmittelbar nach der Konferenz wurden das uneinheitliche Auftreten und die zunehmende Marginalisierung der EU als Weckruf für die Union gewertet, künftig besser zusammenzuarbeiten. Im Frühjahr 2010 wurde die düstere Bewertung des Gipfels schließlich von der Ansicht abgelöst, dass die Konferenz von Kopenhagen nur einen Schritt in einem langwierigen Prozess darstellte.¹⁷

Die Finanzkrise

Die Nominierungen der EU-Posten war mit dem Aufkommen der Finanzkrise schnell kein Thema mehr. In der öffentlichen Meinung herrschte die Haltung vor, dass die Krise auch eine Chance bot, die EU zu stärken und ihre Kräfte im wirtschaftspolitischen Bereich zu mobilisie-

12 Siehe beispielsweise Turun Sanomat: Lautaskiista tympii jo EU-eksperttiäkin, 28. November 2009.

13 Siehe beispielsweise Aamulehti: Presidentti voi vielä yrittää lautasta (column), 11. Dezember 2009.

14 Vgl. den Beitrag zu Finnland im Jahrbuch der Europäischen Integration 2009.

15 Helsingin Sanomat: Suomi siirtyi ilmastoasioissa Saksan-leiristä pohjoisen leiriin, 30. Oktober 2009.

16 Helsingin Sanomat: Huippuvirat ja ilmatorahat jakavat jäsenmaita, 30. Oktober 2009.

17 Thomas Spencer, Kristian Tangen, Anna Korppoo: The EU and the global climate regime: Getting back in the game. Briefing Paper 55, The Finnish Institute of International Affairs, 25. Februar 2010.

ren. Es waren praktisch keine ernst zu nehmenden Stimmen zu vernehmen, die die Abschaffung des Euro forderten. Obwohl sich die Finnen zutiefst besorgt zeigten, herrschte die Meinung vor, dass die Situation durchaus zu meistern sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass die finnische Exportindustrie – die von entscheidender Bedeutung für die Volkswirtschaft ist – von dem schwachen Euro profitiert.¹⁸ Darüber hinaus wurde die Kommission, genauer gesagt Olli Rehn, der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, von seinen Landsleuten unterstützt und schon zu Beginn der Krise als handlungs- und leistungsfähiger Akteur betrachtet.¹⁹

Finnland, seit jeher ein Verfechter einer strengen Finanz- und Haushaltskontrolle, beharrte schon seit mehreren Jahren unter anderem auf der Durchführung von „Stress-Tests“ im Bankensektor. Als sich diese Forderung im Frühjahr 2010 nach und nach durchsetzte, konnten sich die Finnen selbstgefällig mit ihren frühen visionären Ansichten rühmen.²⁰

Schon sehr früh lösten die Pläne für effizientere Governanceformen in der EU-Wirtschaftspolitik eine Föderalismusdebatte in Finnland aus. Ein klassisches Mittel zur Beschwichtigung von EU-Gegnern in Finnland ist es, die Unterschiede zwischen der Union und einer möglichen Föderation hervorzuheben. Entsprechend schnell waren Kommentatoren mit der Einschätzung zur Stelle, dass, obwohl diese Pläne durchaus als Schritt hin zu mehr Föderalismus gesehen werden könnten, von der Errichtung einer Föderation nicht die Rede sei.²¹ Doch diese Beschwichtigungsversuche waren möglicherweise überflüssig, schließlich wurden die bereits vor der Finanzkrise lancierten finnischen Forderungen nach strengeren Governanceregeln in der EU-Wirtschaftspolitik weitgehend positiv aufgenommen. Die Finnen schienen durchaus gewillt zu sein, „föderalistische“ Schritte hinzunehmen, wenn diese, wie in diesem Fall, als wünschenswert erachtet wurden.

Organisierte Bettelerei und die Freizügigkeit in Europa

Seit Jahren schon erhitzt die Einwanderungsdebatte in Finnland die Gemüter, ausgerechnet in dem Land, das im EU-Durchschnitt die kleinste Einwanderungsquote vorzuweisen hat. Im Frühjahr 2010 konzentrierte sich diese Debatte auf die Einreise von Bettlern und Asylbewerbern, von denen viele zu der Roma-Bevölkerung Rumäniens und Bulgariens gehören. Besonders sichtbar wurde die Schattenseite der Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt in Form von Bettlern an finnischen Straßenecken, insbesondere da es in den Jahrzehnten zuvor praktisch keine sichtbare oder organisierte Bettelerei gab. Im Frühjahr 2010 wurden als Antwort auf dieses sich verbreitende Phänomen von offizieller Seite erste Pläne für ein generelles Bettelverbot vorgestellt.²² Ebenfalls umgesetzt wurden Beihilfekürzungen für Asylbewerber. Diese Maßnahme sollte dazu dienen, Einreisewillige abzuschrecken, denen es – wie es von Beamtenseite ebenso wie von Einwanderungsgegnern formuliert wurde – lediglich an einem Abschöpfen der Beihilfen gelegen sei.

Die neue Premierministerin

Am 22. Juni 2010 wurde Mari Kiviniemi von der Zentrumspartei zur neuen Premierministerin Finnlands ernannt. Da sie bereits Ministerin im Kabinett ihres Vorgängers, Matti Vanhanen (Zentrumspartei) war, kann davon ausgegangen werden, dass der finnischen Europapolitik keine großen Veränderungen bevorstehen werden.

18 Turun Sanomat: Euron heikentymien kasvattaa Suomen vieniä, 12. Mai 2010.

19 Turun Sanomat: Kreikan kriisi nostanut Rehnin Barroson rinnalle, 11. Mai 2010.

20 Zum Beispiel Matti Vanhanen, Prime Minister: Joint Parliamentary Meeting on EU Affairs in the Finnish Parliament, 25. Mai 2010.

21 Suomenmaa: EU-maiden taloudenpito tarvitsee velvoitteensa, 12. Mai 2010.

22 Aamulehti: Sisäministeriön työryhmä: Kerjääminen pitää kieltää lailla, 24. Juni 2010.